

Motion 21.387 - Diskriminierende Nothilfe überwinden: Regularisierung jetzt!

Am Dienstag, den 12. September, stimmt der Ständerat über die [Motion Streiff-Feller](#) ab die verlangt, dass der Aufenthalt von Personen, deren Asylantrag nach altem Recht - das heisst vor März 2019 - abgelehnt wurde, nach klaren und objektiven Kriterien regularisiert werden. Diese Maßnahme betrifft weniger als 3.000 Personen, von denen sich die große Mehrheit seit mehr als fünf Jahren in der Schweiz aufhält. Während ihre Rückführung in der Regel nicht vollstreckbar ist, ist es diesen Personen verboten, zu arbeiten oder eine Berufsausbildung zu beginnen. Sie leben unter dem Regime der Nothilfe - einer auf das absolute Minimum reduzierten Überlebenshilfe -, die auf unbestimmte Zeit gewährt wird. Die Sackgasse, in der sich diese oft jungen Menschen befinden, ist auf menschlicher Ebene [extrem kostspielig](#): Die Unmöglichkeit zu arbeiten, die Unsicherheit der Nothilfe und die fehlenden Aussichten auf eine Legalisierung beeinträchtigen die physische und psychische Gesundheit der Betroffenen sehr stark. Die Situation ist auch wirtschaftlich kostspielig. In Genf hat [eine Universitätsstudie](#) den Verlust an Einnahmen für die Allgemeinheit durch das Arbeitsverbot für junge abgewiesene Asylsuchende ermittelt. Ihre Schlussfolgerung: Zwischen den Kosten für die Nothilfe und dem fehlenden Lohn sind es bei etwa 32 jungen Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren, die im Kanton leben, 13 Millionen Franken über 10 Jahre, die der Genfer Wirtschaft verloren gehen. Und diese Schätzung ist minimal.

Unsere Verbände rufen daher dazu auf, die Motion Streiff-Feller anzunehmen: eine solche Regularisierung ist für die betroffenen Personen ebenso notwendig wie für den Bund für die Kantone interessant, da diese Personen dann eine Erwerbstätigkeit ausüben dürften. Die Annahme dieser Motion muss vor allem der erste Schritt in Richtung eines Paradigmenwechsels sein, der die Einführung einer pragmatischen und humanen Politik ermöglicht. Eine solche Politik erfordert als Mindestmasstab eine Vereinheitlichung der Kriterien und Bedingungen für die Regularisierung in der ganzen Schweiz.

CSP/SBAA/VE/SOSF